DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

DDR: „Lieber hart durchgreifen"

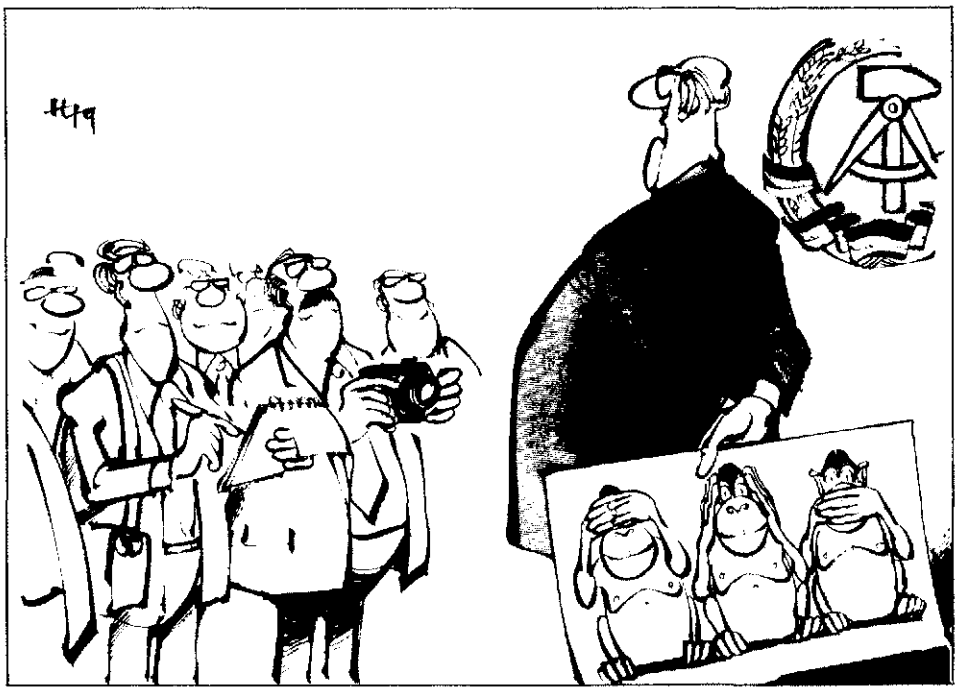
Die jüngsten Schikanen Ost-Berlins gegen Korrespondenten gehören zu einem Bündel drakonischer Maßnahmen, mit denen die SED-Führung versucht, die inneren Schwierigkeiten der DDR einzudämmen — auch um den Preis einer Verhärtung in den zwischendeutschen Beziehungen. Bonn reagiert, vorerst, mit hilfloser Betriebsamkeit.

Wenn ihn eine Sache ganz und gar nicht interessiert, macht Bonns Innerdeutscher Minister Egon Franke, 66, auch schon mal im Kabinett ein Nickerchen. Anders am letzten Mittwoch: Hellwach bestimmte der Vormann der SPD-Kanalarbeiter an diesem Tage die Richtlinien der Politik.

Auf dem Sessel des abwesenden Kanzlers, den er als dienstältester Ressortchef vertrat, gab Franke die Parole aus, auch durch die jüngste DDR-Maßnahme gegen westliche Journalisten dürfe sich Bonn vom Entspannungskurs nicht abbringen lassen. „Ich meine", so der Deutschland-Minister entschieden, „wir müssen trotz allem, mit Blick auf die Erfolge, die wir in den letzten Jahren erreicht haben, weitermachen wie bisher."

Wieder einmal hatte die DDR das schwierige deutsch-deutsche Verhältnis an empfindlicher Stelle getroffen. Mit ihrem Dekret vom Ostersamstag, das Fragen an DDR-Bürger auf der Straße von staatlicher Genehmigung abhängig und Reisen in die DDR-Provinz 24 Stunden im voraus anmeldepflichtig macht, können die SED-Zensoren die Arbeit der West-Korrespondenten künftig nach Gusto auf Null drehen — im offenen Widerspruch zur deutsch-deutschen Journalisten-Vereinbarung wie auch zur KSZE-Schlußakte.

Und wieder einmal reagierte Bonn, wie bei solchen Gelegenheiten üblich, mit hilfloser Betriebsamkeit. Der Regierungssprecher formulierte empörte Proteste, die westdeutschen DDR-Korrespondenten wurden zur moralischen Aufrüstung nach Bonn geladen, die West-Alliierten um Hilfe gebeten, die Opposition forderte Repressalien. Und sogar der Architekt der Entspannungspolitik, SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, dachte, für einen Moment jedenfalls, an Vergeltung: ob die Regierung nicht in Westdeutschland arbeitende DDR-Korrespondenten „nach Hause schicken" solle.



tz, München

„Ich darf Ihnen unsere neuen Pressebestimmungen nochmals etwas verdeutlichen!"

Am Mittwoch, in der Kabinettssitzung, hatte sich die erste Erregung bereits gelegt. Noch grollte Justizminister Hans-Jochen Vogel: „Es gibt Grenzen der Selbstachtung." Doch Vorredner Franke ließ Revanche-Stimmung gar nicht erst aufkommen. „Mit dem richtigen Blick für die große Linie" (so ein Teilnehmer) erkannte der Schmidt-Vertreter, das jüngste DDR-Edikt werde das politische Klima zwischen den beiden deutschen Staaten zwar „ungünstig beeinflussen". Aber, so belehrte er die Kollegen, in Wahrheit komme die Maulkorb-Verordnung für ihn nicht überraschend, denn schon seit langem wisse er von dem „Unbehagen führender Leute in der DDR". Sie seien ungehalten, weil „durch unsere Journalisten innenpolitische Probleme der DDR ständig herausgestellt" werden.

Am Ende herrschte in der Runde Einvernehmen über die Franke-Linie der „bedächtigen politischen Reak-

Regierungssprecher Bölling (M.), westdeutsche DDR-Korrespondenten*: „Die Arbeit ist kein Zuckerschlecken"

„Bis die den Pleitgen heraustragen"

SPIEGEL-Interview mit Staatssekretär Klaus Bölling über die DDR-Pressionen gegen Westjournalisten

SPIEGEL: Die DDR schickt sich an, die Arbeit westlicher Journalisten lahmzulegen, die Bundesregierung hat mal wieder protestiert. Ist damit die Angelegenheit erledigt?

BÖLLING: Das Thema ist für uns keineswegs ausgestanden. Wir werden es bei allen Gesprächen, die wir in Zukunft mit der DDR zu führen haben, wieder vortragen in der Erwartung, daß die politisch Verantwortlichen in der DDR wahrmachen, was der Vertreter des Außenministeriums in Ost-Berlin am Ostermontag gesagt hat, daß sich faktisch nichts ändern werde, daß die Journalisten nahezu unbeschränkte Arbeitsmöglichkeiten hätten.

SPIEGEL: War dies mehr als ein windiger Beschwichtigungsversuch?

BÖLLING: Wir wollen die Praxis abwarten, aber nicht darauf verzichten, diese Maßnahme als einen klaren Verstoß gegen den Briefwechsel von 1972 über die journalistischen Beziehungen zu charakterisieren. Dieser Briefwechsel ist die eigentliche Grundlage für die Berichterstattung aus der DDR.

SPIEGEL: Das „Neue Deutschland" hat erklärt, die Neuerung entspreche voll dem Geist der Vereinbarungen. Wieder einmal werden dieselben Texte verschieden ausgelegt.

BÖLLING: Es hat Zeiten gegeben, in denen sich die DDR bemüht hat, entsprechend dem Text und dem Geist dieses Briefwechsels unsere Journalisten relativ freizügig arbeiten zu lassen. Der Delegationsleiter der DDR, Gerhard Meyer, hat am 15. März 1973 auf der Leipziger Messe geäußert, die DDR werde die unterschiedlichen Ansichten über Pressefreiheit weitgehend berücksichtigen, sie wolle dem bürgerlichen Korrespondenten seinen Klassenstandpunkt nicht nehmen.

Die politische Führung der DDR ist sich also bewußt geworden, daß sie gewisse Risiken eingeht. Sie hat aber die Vorteile einer solchen Konzession damals höher eingeschätzt. Und tatsächlich hat die DDR ja, solange sie die Korrespondenten unserer Medien relativ großzügig behandelt hat, davon Nutzen gehabt.

SPIEGEL: Welchen?

BÖLLING: Die Leser, Hörer und Fernseh-Zuschauer haben doch den Eindruck gewonnen, dies ist zwar ein Gesellschaftssystem, das mit dem unseren überhaupt nicht vergleichbar ist, aber die Leute drüben gewinnen an Selbstbewußtsein, sie haben etwas geschafft, und sie glauben es sich leisten zu können, auch westliche Korrespondenten, die eben nach anderen Kriterien berichterstatten als die Reporter des „Neuen Deutschland", im eigenen Land herumgucken zu lassen.

SPIEGEL: Jetzt kann es sich die SED nicht mehr leisten?

BÖLLING: Man darf sich die politische Führung in Ost-Berlin natürlich nicht — wir haben das oft genug erfahren — als eine monolithische Einheit vorstellen. Ganz sicher hat es schon zur Zeit des Briefwechsels über die journalistischen Beziehungen Gegner dieser Verabredung gegeben, die vermutlich ihren Genossen vorausgesagt haben, daß ein auch nur geringer Spielraum für die Berichterstattung durch westliche Medien in der DDR vom — wie es dort heißt — Klassenfeind gegen die DDR benutzt werden würde.

SPIEGEL: Gab es denn eine solche Berichterstattung?

BÖLLING: Nicht alle Redaktionen widerstehen der Versuchung einer konfliktorientierten Berichterstattung. Das gilt allerdings nicht nur für Berichte aus der DDR.

SPIEGEL: Für die DDR-Führung ist ganz gewöhnlicher Journalismus — etwa Fragen an Bürger — schon „subversive Tätigkeit".

BÖLLING: Hier liegt eines der Motive für die neuen Maßnahmen. Unter Subversion versteht die DDR nichts anderes als die Wiedergabe von kritischen Meinungen, die es im eigenen Land gibt, die sie am liebsten verdrängen, aber auf keinen Fall durch die westdeutschen Korrespondenten artikuliert sehen möchte.

Die Verantwortlichen glauben solche Berichte nicht länger tolerieren zu können, weil — dank der Tatsache, daß die ganz große Mehrheit der DDR-Bürger unser Fernsehen empfangen kann — diese Berichte zurückkommen, weil es ein für sie schon seit Jahren irritierendes Feedback gibt. Nun scheinen jene die Vorhand gewonnen zu haben, die von Anfang an vor Zugeständnissen an den Klassenfeind gewarnt haben. Sie sind augenscheinlich nicht auf der Höhe von Generalsekretär Erich Honecker, der vor einiger

* Mit den ARD-Korrespondenten Armin Beth und Fritz Pleitgen am vergangenen Mittwoch im Bundespresseamt.

Zeit einer Zeitung im Saarland, seiner alten Heimat, ein recht freimütiges Interview gegeben hat. Das war ein Zeichen politischer Souveränität.

SPIEGEL: Die DDR verweist auch auf Behinderung von Journalisten in der Bundesrepublik, etwa wenn Innenminister Baum Korrespondenten von DKP-Blättern von einer Presse-Vorführung der GSG 9 ausschließt.

BÖLLING: Grundsätzlich und praktisch können sich auch Journalisten von DKP-Blättern und aus der DDR überall frei bewegen. Ihre Teilnahme an einer solchen GSG-9-Veranstaltung würde aber mit Sicherheit dazu führen, daß die GSG 9 als eine Bürgerkriegstruppe verunglimpft würde.

SPIEGEL: Eine ähnliche Argumentation benutzt die DDR gegen die westdeutschen Korrespondenten.

BÖLLING: Die DDR kann diese Weigerung des Innenministers nicht als beispielhaft darstellen. Richtig ist, daß dann und wann Betriebe in der Bundesrepublik, wenn das Fernsehen der DDR auf dem Werksgelände zu filmen beabsichtigte — gelegentlich unter falscher Flagge — gesagt haben: Machen wir nicht, denn Sie wollen ja nur Ihre propagandistischen Thesen bebildern.

SPIEGEL: Auch dies ähnelt fatal der Diktion der anderen Seite.

BÖLLING: Die Bundesregierung kann und will nicht intervenieren und im Interesse ihrer Normalisierungspolitik andere, die darüber allein zu entscheiden haben, manipulieren.

SPIEGEL: Sehen Sie, über die ärgerlichen Anlässe hinaus, einen neuen politischen Trend? Verschärft Honecker den Abgrenzungskurs?

BÖLLING: Seit es den anderen deutschen Staat gibt, hat es immer Konflikte zwischen denen gegeben, die mit unserem demokratischen Staat zu einem gutnachbarlichen Verhältnis kommen wollten und anderen, die lieber die DDR hermetisch abzuriegeln wünschten. Im SPIEGEL können Sie nachlesen, was vor einiger Zeit Herr Mielke, der drüben für die innere Sicherheit zuständig ist, gesagt hat. Es gibt Leute wie Mielke, die solche Maßnahmen, wie wir sie jetzt zu Ostern erlebt haben, für ein in ihrer Sicht unabweisbares Gebot der politischen Existenzerhaltung ansehen.

SPIEGEL: Vor allem die Opposition findet die Antwort der Bundesregierung auf den DDR-Erlaß wenig eindrucksvoll. Sie fordert Repressalien.

BÖLLING: Von einer solchen Politik kann man sich nichts versprechen. Denn die Erfahrung im Umgang mit kommunistisch regierten Staaten hat viele Male belegt, daß sie die Chance, mit westlicher Hilfe sie bedrängende ökonomische Probleme zu lösen, dann in den Wind schlagen, wenn sie von ihnen mit Liberalisierung bezahlt werden muß, die, wie sie meinen, die politischen Grundlagen ihres ganzen Systems gefährdet. Natürlich ist dies Unfug. Es genügt aber, wenn sie das subjektiv glauben.

SPIEGEL: Und dieser Punkt ist erreicht?

BÖLLING: Natürlich ist sich die politische Führung der Unzufriedenheit vieler Bürger in der DDR durchaus bewußt. Und sie scheint zu meinen, daß eben die westliche Berichterstattung ihre Schwierigkeiten potenziert. Wenn das die Einschätzung ist, dann allerdings wäre es einfältig zu meinen, man könne der DDR-Führung ökonomische Daumenschrauben anlegen.

SPIEGEL: Wir müssen also einfach zugeben, daß wir gegenüber solchen Aktionen der DDR ziemlich ohnmächtig sind?

BÖLLING: Wir müssen uns damit abfinden, daß es dort einen Journalismus gibt, der einen politischen, einen streng parteilichen, Auftrag hat, und daß die andere Seite offenkundig nicht fähig ist, zu begreifen, was in einer Demokratie Pressefreiheit bedeutet.

Ein kleines Beispiel: Als Ihr Blatt seinerzeit das Memorandum einer SED-Opposition veröffentlicht hat, sagte der damalige Vertreter der DDR, Michael Kohl, gegenüber der Bundesregierung: Unsere Bonner Auffassung, daß wir für diese Veröffentlichung im SPIEGEL nicht verantwortlich seien, die könne man nicht akzeptieren, weil — so hat Herr Kohl gesagt — nach dem Text des Grundgesetzes der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik in der Bundesrepublik Deutschland bestimme.

SPIEGEL: Würden Sie selber als Journalist unter den angekündigten Zensurverhältnissen in der DDR arbeiten wollen?

BÖLLING: Ohne Vorbehalt — ja. Denn es gibt kaum eine andere journalistische Aufgabe, die so wichtig ist wie die, für den Zusammenhalt der Deutschen, der schwierig genug geworden ist, mit der Feder, mit dem Mikrophon oder der Kamera etwas zu leisten. Die Journalisten sollten nicht jenen in der DDR den Gefallen tun, die es vermutlich am liebsten sähen, wenn das gesamte Pressekorps morgen schon die Koffer packte.

SPIEGEL: Ist das die Durchhalte-Parole des Regierungssprechers oder die Meinung des Journalisten?

BÖLLING: Beides, die Arbeit ist sicher kein Zuckerschlecken. Aber hier muß die Position so lange verteidigt werden, bis die Abgrenzungsfanatiker die von der DDR unterschriebenen Vereinbarungen ganz und gar verlassen und den Pleitgen und die anderen heraustragen.

tion". Niemand wollte „die großen positiven Veränderungen" (Franke) aufs Spiel setzen — den ausgiebigen Reise- und Telephonverkehr ebensowenig wie Familienzusammenführung und die Freilassung von Häftlingen.

Doch ob Bonn sich tatsächlich mit derlei internem Zuspruch begnügen kann, muß sich erst noch erweisen. Denn die Pressionen gegen die West-Korrespondenten, so scheint es, sind nur ein Glied in einer Kette von Maßnahmen, mit denen die SED einen härteren innenpolitischen Kurs einleiten will — auch um den Preis einer deutsch-deutschen Verhärtung, an der Ost-Berlin aus wirtschaftlichen Gründen nicht gelegen sein kann.

Schon seit Juli letzten Jahres, als Leonid Breschnew den SED-Chef auf die Krim zitierte, steht Erich Honecker unter Druck. Die Sowjets sorgen sich

Politbüro-Kandidat Walde
Neuer Chef für den Stasi?

seit langem um die Auswirkungen der innerdeutschen Kontakte und des laschen Konsum-Sozialismus, den Honecker mit westlichen Finanzspritzen zu verwirklichen versucht.

Auch Genossen im eigenen Politbüro ängstigten sich zunehmend vor den Risiken, die der Staatsratsvorsitzende mit seiner Politik einging. Vor allem Paul Verner, im Politbüro zuständig für die innere Sicherheit, befürchtete, daß die ständige, wenn auch bescheidene Verbesserung des Lebensstandards bei den DDR-Bürgern nur immer neue und letztlich nicht zu befriedigende Begehrlichkeit weckt.

Honecker verstand es immer wieder, den verlangten unpopulären Maßnahmen auszuweichen. Doch sein Plan, den eigenen Kurs wenigstens bis zum 30. Jubeltag der DDR am 7. Oktober zu halten, ging nicht auf.

Anfang April setzten sich die Opponenten durch. Mit der Einführung von

ARD-Team beim Straßen-Interview in Ost-Berlin: Künftig auf Null

Wertschecks für den Einkauf in den staatlichen Intershops versuchte die SED, die westdeutsche Mark als halblegale Zweitwährung aus dem Verkehr zu ziehen. Wenig später nutzte die Sicherheitsfraktion im Politbüro die Straßenbefragungen von ARD und ZDF unter Ost-Berliner Intershop-Kunden zu ihrem Schlag gegen die West-Korrespondenten.

Gleichzeitig machte sich der Staatssicherheitsdienst daran, den neben Rudolf Bahro für die ostdeutsche Staatspartei unbequemsten SED-Dissidenten loszuwerden. Der Regime-Kritiker Robert Havemann und seine Familie, seit zweieinhalb Jahren ohnehin unter mehr oder minder strengem Hausarrest, wurden von der Außenwelt völlig isoliert. Am Donnerstag letzter Woche riegelte der Stasi mit großem Aufgebot den Havemann-Wohnort Grünheide ab, verhörte den Renegaten fast den ganzen Tag über in seinem Haus und beschlagnahmte umfangreiche Unterlagen des Professors.

Ziel der Aktion: Havemann, der sich trotz mehrfacher Angebote der SED stets strikt geweigert hat, die DDR zu verlassen, endlich in die West-Emigration zu pressen.

Damit nicht genug. Ende letzter Woche häuften sich die Indizien, daß die SED entschlossen ist, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande noch weiter zu gehen. Um den lästigen Besucherstrom aus der Bundesrepublik einzudämmen, erwägt die DDR, den Zwangsumtausch für Reisen nach Ostdeutschland von derzeit 13 Mark pro Tag drastisch zu erhöhen.

Schon bei den Verkehrsverhandlungen mit Bonn im vergangenen Jahr hatte Ost-Berlin versucht, die Anhebung offiziell in die Vereinbarungen einzubringen, die Forderung jedoch fallengelassen, um das Abkommen über den devisenträchtigen Ausbau der Transitstrecken nicht scheitern zu lassen.

Daß die Parteispitze nun bereit sein könnte, eine Verschlechterung der Beziehungen zur Bundesrepublik in Kauf zu nehmen, erklärt ein SED-Mann mit dem Argument: „In die Enge getrieben, entschließen sie sich lieber zum harten Durchgreifen."

Ein Sündenbock für die angespannte Lage, in der sich die SED-Führung selbst sieht, ist möglicherweise schon gefunden: Staatssicherheitsminister Erich Mielke. Der 71jährige Stasi-Chef, so kolportieren SED-Funktionäre, solle demnächst durch den Bezirkssekretär der Partei in Cottbus, Politbüro-Kandidat Werner Walde, 53, abgelöst werden.

Schon in den zurückliegenden Jahren waren die „journalistischen Beziehungen" (SED-Amtsdeutsch) ein zuverlässiger Gradmesser für die innere Lage der DDR. Zwar war Ost-Berlin von Anfang an bemüht, das 1972 im Briefwechsel zwischen den damaligen Verhandlungsführern Egon Bahr und Michael Kohl garantierte „Recht ... der freien Information und Berichterstattung" Stück für Stück einzuschränken. Doch zu konkreten Maßnahmen entschloß sich die SED stets dann, wenn ihr die innenpolitische Entwicklung außer Kontrolle zu geraten drohte.

So fiel die Ausweisung des SPIEGEL-Korrespondenten Jörg-R. Mettke in die erste Welle der Ausreise-Anträge von DDR-Bürgern nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki. Den Rauswurf des ARD-Fernsehmannes Lothar Loewe und dann die Schließung des Ost-Berliner SPIEGEL-Büros verfügten die Einheitssozialisten jeweils auf dem Höhepunkt der Dissidenten-Bewegung nach Biermann-Ausbürgerung und Bahro-Verhaftung.

Vor allem vom westdeutschen Fernsehen fürchten die SED-Oberen Gefahr für ihr Regime: ARD und ZDF sorgen mit ihrer Berichterstattung aus der DDR für die DDR für eine schwer kontrollierbare kritische Gegenöffentlichkeit in der ostdeutschen Bevölkerung. Und genau die glaubt das DDR-Regime nur so lange ertragen zu können, wie es die innere Lage des Arbeiter-und-Bauern-Staates als halbwegs stabil einschätzt.

Der Maulkorb-Erlaß erging denn auch rechtzeitig vor einem weiteren für die SED gefährlichen Datum: Mit wachsender Nervosität sehen die DDR-Führer dem FDJ-Pfingsttreffen entgegen, zu dem mehrere hunderttausend Jugendliche in Ost-Berlin erwartet werden. Zu frisch noch ist die Erinnerung an die Alexanderplatz-Krawalle vom 7. Oktober 1977, bei denen zwei Volkspolizisten zu Tode kamen.

Bonner Gegenmaßnahmen glaubt die SED vorerst gelassen entgegensehen zu können. „Die müssen", so ein SED-Mann hämisch, „stillhalten, weil sie fürchten, es käme zur Bankrotterklärung ihrer Ostpolitik."

In der Tat sind die Möglichkeiten zu wirksamen Gegenschlägen begrenzt. Nicht nur will Bonn unter fast allen Umständen die erreichten menschlichen Erleichterungen bewahren, nicht nur verbietet das Grundgesetz, es der DDR einfach mit gleicher Münze heimzuzahlen — denn auch DDR-Journalisten können sich als Deutsche in der Bundesrepublik frei bewegen.

Die Bundesregierung hat letzte Woche auch erfahren müssen, daß sie von ihren Verbündeten außer ein paar Protest-Floskeln nicht viel Hilfe erwarten darf, und von den Franzosen wahrscheinlich nicht einmal das. Außenminister François-Poncet hat bereits wissen lassen, daß er seinen bevorstehenden Besuch in Ost-Berlin nicht unnötig belasten will.

Kanzler Helmut Schmidt, ohnehin gründlich verärgert über Ost-Berlins Spionageaktivitäten, glaubt gleichwohl die Schwachstelle gefunden zu haben, an der er die ostdeutschen Regenten empfindlich treffen könnte: den innerdeutschen Handel.

Der DDR steht im Rahmen des sogenannten Swing ein Dauerkredit, derzeit 850 Millionen D-Mark, zur Verfügung, mit dem sie auf Pump einkaufen kann, ohne einen Pfennig Zinsen zu zahlen. Jährliche Ersparnis für die Staatskasse Ost: rund 50 Millionen D-Mark.

1980 muß Ost-Berlin über die Höhe dieses Überziehungskredits neu verhandeln. Die Bundesregierung könnte dann, ohne vertragsbrüchig zu werden, den Swing halbieren.